

16. Landtag von Baden-Württemberg, 123. Sitzung
Donnerstag, 25. Juni 2020, 09:30 Uhr

Rede

Mitglied AK Soziales und Integration

Isabell Huber MdL

Zu

Rassismus in unserer Gesellschaft – Raushalten genügt nicht!

Es gilt das gesprochene Wort.

Isabell Huber MdL:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Attentat in Hanau, der rechtsterroristische Anschlag auf die Jüdische Gemeinde in Halle und jüngst auch der Tod von George Floyd – all diese furchtbaren Ereignisse haben zu einer wichtigen Diskussion in unserer Gesellschaft geführt. Rassismus ist immer stärker gegenwärtig – leider. Kollege Lede Abal hat es angesprochen, und die Zahlen der Antidiskriminierungsstelle belegen dies.

Es kann und darf nicht sein, dass beispielsweise Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe nur schwer eine Wohnung finden. Genau dies dürfen wir nicht hinnehmen. Vor allem dürfen wir dies nicht noch befeuern. Pauschale Äußerungen helfen keinem weiter, weder den Betroffenen noch der

Sache. Dass zudem durch solch schwerwiegende Vorwürfe wie von der „taz“- Kommentarin, von Saskia Esken oder jüngst auch von der Grünen Jugend Baden-Württembergs ein Bild in der Gesellschaft vermittelt wird, das der Realität überhaupt nicht entspricht, genau das ist für mich und für uns als CDU-Fraktion verantwortungslos.

Denn wenn die Grüne Jugend in Baden-Württemberg postet – ich zitiere –: Es ist Realität, dass die Polizei ein Rassismus- und Rechtsextremismusproblem hat und wenig später dann von „strukturellem Rassismus“ schreibt, dann sage ich ganz deutlich: Ein struktureller Rassismus liegt weder in der Polizei noch in unserer Gesellschaft vor.

Bei der Grünen Jugend kann man ja noch von jugendlichem Leichtsinn sprechen. Trotzdem: Liebe SPD, liebe Grüne Jugend, informiert euch bitte, bevor ihr so etwas von euch gebt, oder distanziert euch klar von eurer Vorsitzenden. Und was die Damen und Herren zu meiner rechten Seite angeht: Da möchte ich jetzt gar nicht anfangen. Denn in großen Teilen der Verantwortlichen ist hier Hopfen und Malz verloren. Denn rassistische Äußerungen und entsprechende Debatten gehören dort leider viel zu oft zum Alltag. Dabei sind gerade sie der Nährboden für zunehmend respektloses Verhalten gegenüber unseren Sicherheitskräften und unserem Rechtsstaat an sich. Es führt zu einem Vertrauensverlust in unser System, und das müssen wir mit aller Kraft verhindern.

Gleichzeitig müssen wir Themen offen ansprechen. Wenn über die Hälfte der jungen Menschen von der Krawallnacht in Stuttgart einen Flüchtlings- oder Migrationshintergrund haben, dann ist das für mich ein Thema, das offen angesprochen werden muss. Deshalb bin ich auch kein Rassist, sondern ich nenne – leider – die nackten Fakten. Dann erwarte ich auch, dass die Verantwortlichen – in diesem Fall auch die Stadt – Konzepte und Lösungen vorlegen, wo wir, das Land, teilweise schon Rahmenbedingungen geschaffen haben. Bei all dem gilt für mich: Integration ist keine Einbahnstraße. Auch die Menschen, die zu uns kommen, müssen sich integrieren wollen.

Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich auch für die große Mehrheit all derjenigen, die sich in unser System eingliedern, die friedlich hier leben, ihrer Arbeit nachgehen, sich einbringen, unser Leben auch bereichern und einfach nur ihre neue Heimat genießen wollen.

Aktionismus und Generalverdacht, das hilft an dieser Stelle nicht. Denn Fakt ist: Niemand wird als Rassist auf die Welt kommen. Nein, vielmehr wächst ein solches Gedankengut durch Teile in unserer Gesellschaft – mit verursacht durch die AfD, die Toleranz und Weltoffenheit verschmäht, Grenzen und Rechtsstaatlichkeit ignoriert sowie Hass und Hetze sät. Genau das mündet in Gewalt. Wir alle sind gefordert, keinen Platz für rassistisches Gedankengut zu lassen – wir als Eltern in der Erziehung unserer Kinder wir als Menschen, als Kollegen.

Wir sind als Menschen gefordert, als Kollegen, als Freunde. Wir alle müssen gemeinsam gegen rassistische Sprüche, gegen radikale Hetze im Netz wie auch auf der Straße, gegen extremistische Gewalt jeglicher Art vorgehen.

Wir, die Politiker, sind als Vorbilder und auch als Gesetzgeber gefragt, um Rahmenbedingungen und Grenzen vorzugeben und auch entsprechend zu sanktionieren. Genau dem kommen wir, die CDU, nach. Wir halten uns nicht heraus, wir handeln, und zwar auf allen Ebenen: das Gesetzespaket gegen Rechtsextremismus und Hass auf Bundesebene, die Antidiskriminierungsstellen auf Bundes- und Landesebene, die Förderung zahlreicher Projekte und Maßnahmen, die sich dieses Themas annehmen, allen voran auch in dem wichtigen Bereich der Bildung wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Auch in meinem Wahlkreis gibt es zahlreiche Schulen, die mitmachen und vorangehen, die für eine weltoffene und bereichernde Gesellschaft eintreten, die für das Thema sensibilisieren, die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen und versuchen, rassistisches Gedankengut im Keim zu ersticken.

Daran sehen wir: Die Rahmenbedingungen, die wir hier im Landtag setzen, kommen vor Ort an, werden umgesetzt und gelebt. Genau das ist der richtige Weg. Wenn ein jeder in seinem Bereich dieses Thema aktiv angeht, sei es zu Hause, in der Schule, in den Vereinen, beim Sport wie beim Fußball, dann kommen wir weiter. Denn noch einmal: Wir brauchen alle, um rassistisches Gedankengut in unserer Gesellschaft im Keim zu ersticken.

Was uns, meine Damen und Herren, allerdings nicht hilft, das ist Generalverdacht von beiden Seiten und das sind Scheindebatten wie die Streichung des Begriffs der Rasse aus dem Grundgesetz. Das verstehen wir als CDU-Fraktion nicht unter Handeln, sondern das ist purer Aktionismus.

Vielen Dank.